

Nachwort

Die Politik, die eine breitere Streuung des volkswirtschaftlichen Vermögenszuwachses zum Ziel hat, bedarf der Hilfe der Wirtschaftswissenschaft. Wenn in den vergangenen Jahren verschiedene – vor allem steuerliche – Maßnahmen in dieser Richtung genau das Gegenteil des Angestrebten erreichten, so lag das vornehmlich an der Nichtbeachtung wirtschaftlicher Grundzusammenhänge. Die im Hinblick auf die Vermögensverteilung bedenklichen Folgen lassen sich nachträglich kaum mit dem Hinweis auf die damit verbundenen Kapitalmarktwirkungen rechtfertigen. Ebensowenig vermag es zu überzeugen, wenn die einseitige Vermögenskonzentration seit der Währungsreform als notwendige Begleiterscheinung des raschen Wiederaufbaus hingestellt wird. Auch damals hätte es Mittel und Wege gegeben, den volkswirtschaftlichen Vermögenszuwachs gleichmäßiger zu streuen.

Es erscheint jedoch müßig, mit der Vergangenheit zu rechten. Um so mehr tut es not, daß fortan die ergriffenen Maßnahmen der Zielsetzung besser gerecht werden. Dazu ist es erforderlich, die wirtschaftlich richtigen Ansatzpunkte im Verteilungsprozeß zu wählen. Es genügt nicht, allein von vordergründigen Wirkungen auszugehen, häufig sind die Sekundäreffekte nicht weniger bedeutsam und heben das scheinbar Erreichte wieder auf. Gesamtwirtschaftlich wird eine Maßnahme oft völlig andere Folgen haben, als es bei einer einzelwirtschaftlichen Betrachtung scheint. Hier Klarheit zu schaffen und die Möglichkeiten und Grenzen einer Politik der Vermögensverteilung aufzuweisen, darin liegt eine Aufgabe der Wirtschaftswissenschaften; ihr ist auch der vorliegende Band gewidmet.

Das theoretische Instrumentarium zur Bewältigung dieser Aufgabe bildet die Verteilungstheorie. Diese ist in den letzten Jahren erheblich weiterentwickelt worden. Ohne diese Fortschritte wäre es kaum möglich, exakt die Ansatzpunkte einer Politik der Vermögensverteilung aufzuzeigen. Auch wenn man heute noch nicht von einer in sich geschlossenen und – selbst im wissenschaftlichen Bereich – allgemein anerkannten neuen Verteilungstheorie sprechen kann, so reichen doch die bisher erarbeiteten Ergebnisse zur Klärung der hier anstehenden Fragen weitgehend aus.

Wenn die überkommene Grenzproduktivitätstheorie die Verteilungsvorgänge in der Wirtschaft richtig sehen würde, so wäre die Verteilung der Einkommen wie des Vermögenszuwachses fast vollständig determiniert. Für eine Politik, die auf eine breitere Vermögensstreuung abzielt, gäbe es keinen Raum. Eine gleichmäßigere Vermögensverteilung könnte höchstens mit schwerwiegenden sonstigen Nachteilen, vor allem mit einem Rückgang des Wachstums und einer Erhöhung der Arbeitslosigkeit, erkauft werden.

Erst die neuere Verteilungstheorie, die von Preiser als „dynamische Theorie der Verteilung“ bezeichnet wurde¹ und die sich im Gegensatz zur Grenzproduktivitätstheorie der makroökonomischen Betrachtungsweise bedient, hat gezeigt, daß der Verteilungsprozeß keineswegs in dem Maße determiniert ist, wie es den traditionellen Vorstellungen entspricht. Ausgehend von der Keynes'schen Verteilungsgleichung, nach der das Einkommen der Selbständigen gleich der Summe aus ihrem Verbrauch und den (privaten) Investitionen abzüglich der Ersparnis der Arbeitnehmer ist, weist die dynamische Verteilungstheorie nach, daß die Ersparnis der Arbeitnehmer einen Ansatzpunkt für die Änderung der Einkommens- und damit gleichzeitig der Verteilung des Vermögenszuwachses abgibt². Einer Politik, die eine Beteiligung breiter Schichten an der volkswirtschaftlichen Vermögensbildung anstrebt, kann also nur dann Erfolg beschieden sein, wenn sie diese Zusammenhänge berücksichtigt.

Die hauptsächliche Schwäche der Grenzproduktivitätstheorie liegt darin, daß sie – in ihrer heutigen Form – lediglich die Differentialgewinne erklären kann und damit auf eine wachsende Wirtschaft nicht anwendbar ist. Die Differentialgewinne lassen sich kaum beschneiden. Die Beeinflussbarkeit der Vermögensbildung ergibt sich erst dadurch, daß im Wachstumsprozeß über die Differentialgewinne hinaus in erheblichem Umfang Marktlagengewinne entstehen. Erst mit Hilfe der dynamischen Theorie der Verteilung lassen sich auch diese Gewinnteile erfassen.

Die breite Diskussion um die Probleme einer gleichmäßigeren Vermögensverteilung und die damit verbundenen Fragen leidet in hohem

¹ Vgl. Preiser, Erich: Artikel „Distribution“ in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, 2. Band, S. 627 f.

² Die Gleichung, die sowohl in den Beiträgen von *Friedrich Kronenberg* (S. 42 f.) wie von *Hildegard Wiegmann* (S. 173 f.) erklärt wird, ist zwar nur eine Identitätsgleichung, die als solche wenig aussagt; auf ihr kann jedoch eine Verteilungstheorie aufgebaut werden.

Maße unter der Unkenntnis der genannten Zusammenhänge; denn nicht nur die populärwissenschaftlichen, sondern auch viele wissenschaftliche Beiträge zu diesem Problemkreis basieren ihre Schlußfolgerungen auf der Grenzproduktivitätstheorie – häufig unbewußt. Infolgedessen gelangen sie in ihren Aussagen über wirtschaftliche Zusammenhänge zu Ergebnissen, die zumindest unzulänglich, in vielen Fällen sogar direkt falsch sind. Das gilt besonders von den Untersuchungen, die sich mit den sogenannten „Plänen“ beschäftigen. Die Autoren übersehen, daß zwischen einem vermehrten Sparen der Arbeitnehmer in den traditionellen Sparformen und den „neuen“ Wegen *wirtschaftlich* kein grundlegender Unterschied besteht. Wenn sie ihre überkommene und überholte Theorie zu Ende denken würden, müßten sie zu einer Ablehnung jedes vermehrten Sparens der breiten Schichten und damit zu einer Bejahung einer ständig wachsenden Vermögenskonzentration kommen. Hier einige Vorurteile zu widerlegen, dazu tragen die Untersuchungen von Hildegard Wiegmann bei.

Die Wirtschaftswissenschaft ist somit in der Lage, dem Staat und den Sozialpartnern die Ansatzpunkte einer wirksamen Politik zur gleichmäßigeren Vermögensverteilung zu weisen. Es gilt, diese Erkenntnisse zu verwerten. Zwar hat der Staat in den vergangenen Jahren verschiedene Maßnahmen zur Förderung des Sparens ergriffen, doch waren ihnen nur Teilerfolge beschieden. Es ist bisher nicht gelungen, die breiten Schichten in ausreichend erscheinendem Umfang an der volkswirtschaftlichen Vermögensbildung zu beteiligen.

Das soll nicht heißen, daß alle bisher eingeschlagenen Wege Irrwege seien. Wie Friedrich Kronenberg nachgewiesen hat, sind vor allem auf dem Gebiet des Wohnungsbaus einige aner kennenswerte Ergebnisse erzielt worden. Alle steuerlichen Maßnahmen müssen jedoch als höchst bedenklich angesehen werden. Es wäre längst an der Zeit, sie so umzugestalten, daß sie gerechter wirken und der eigentlichen Zielsetzung dienen.

Auch die Bedeutung der Privatisierung von Teilen des Bundesvermögens liegt weniger in der Vermögensumverteilung als in der Tatsache, daß weite Kreise unseres Volkes zum ersten Mal mit Wertpapieren vertraut werden. Wenn eine gleichmäßigere Vermögensverteilung erreicht werden soll, müssen auch die breiteren Schichten sich vermögensmäßig an dem volkswirtschaftlichen Produktivkapital beteiligen.

Ob das Gesetz über die Ergebnisbeteiligung der Arbeitnehmer einen größeren Erfolg als die bisherigen Maßnahmen zeitigen wird, bleibt

abzuwarten. Er hängt im wesentlichen davon ab, inwieweit die Unternehmer sich der ihnen hier obliegenden Aufgabe bewußt sind.

Da, wie die internationalen Erfahrungen zeigen³, nicht erwartet werden kann, daß sich mit steigendem Lebensstandard die Probleme einer gleichmäßigeren Vermögensverteilung von selbst lösen, sind nächst dem Staate die Sozialpartner verpflichtet, sich dieser Aufgabe anzunehmen. Daß diese Verpflichtung in den entsprechenden Kreisen heute weitgehend noch nicht gesehen oder gar völlig verkannt wird, ist äußerst beunruhigend; denn ohne die aktive Mitwirkung der Sozialpartner ist die öffentliche Hand von einem gewissen Punkte an machtlos.

Daß das angestrebte Ziel nicht ohne Opfer und Nachteile erkaufte werden kann, ist selbstverständlich. Es ist eine zu billige Methode, immer die Wirkungen möglicher politischer Maßnahmen mit dem Idealfall zu vergleichen. Auf diese Weise läßt sich keine ausgewogene gesellschaftliche Struktur in unserem Staate schaffen. Die Probleme sind zu ernst, als daß ihre Lösung hinausgeschoben werden könnte. Es wäre zu wünschen, daß die Verantwortlichen beim Staat wie in der Wirtschaft zur Erkenntnis des Unternehmers und Nationalökonom Professor Carl Föhl gelangten: „Breitere Vermögensstreuung ist die Alternative zum Versorgungsstaat, die freiheitliche Alternative!“⁴

³ Vgl. *Perlo*, Viktor: *People's Capitalism and Stock-Ownership*. In: *Am. Ec. Rev.*, Band 48, 1958, S. 33 ff.

⁴ *Föhl*, Carl: Über die Möglichkeit einer Beeinflussung der Vermögensbildung und ihrer Verteilung. In *Finanzarchiv*, Band 19, 1958/59, S. 133.